

**Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin**

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Katarina Barley,

**Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Wilhelmstr. 54
10117 Berlin**

Sehr geehrte Frau Ministerin Julia Klöckner,

der SoVD im Bereich Stadt und Landkreis Osnabrück nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass wiederholt Menschen angeklagt werden, die sich aus für uns nachvollziehbaren Gründen gegen die Vernichtung von noch verwendbaren Lebensmitteln wenden. Bundesweit sind nach unserer Kenntnis fünf Verfahren anhängig. Im jüngsten Verfahren (Feb. 2019) vor dem Amtsgericht Fürstentfeldbruck sind zwei Studentinnen wegen gemeinschaftlichen Diebstahls schuldig gesprochen worden.

Menschen, die das sogenannte „Containern“ durchführen, sind wiederholt in Strafverfahren verwickelt. Vor deutschen Gerichten müssen sich Menschen verantworten, die von den Supermärkten als Abfall bezeichnete und weggeworfene Lebensmittel aussortieren und sammeln, weil sie noch genießbar sind.

Dem SoVD geht es nicht um juristische Spitzfindigkeiten, wann Diebstahl begangen wird oder Gutachten ergründen ob, wie lange und unter welchen Umständen Müll eigentlich noch als Eigentum des Verursachers gesehen werden kann. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass in Deutschland darüber gestritten wird, wem der Müll eigentlich gehört, während in anderen europäischen Ländern die Vernichtung von Lebensmitteln verboten - bzw. Lebensmittelbanken zugeführt - werden.

In den durch die Medien gegangenen Fällen haben im Wesentlichen junge Menschen, die sich selbst als „Essensretter“ bezeichnen, aus Überzeugung ein Problem öffentlich gemacht und damit eine Verschwendung, der in unserer Gesellschaft Einhalt geboten werden sollte.

Der SoVD hält es für dringend erforderlich, dass

- Nachdenken über Nachhaltigkeit,**
 - verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen**
 - und Berücksichtigung der materiellen Not anderer,**
- zu gesetzgeberischen Maßnahmen führen müssen, die die Vernichtung von Lebensmitteln unterbindet.**

Damit verbinden wir gleichzeitig die Forderung mit größerem Nachdruck, neben den Bereichen entlang der Lebensmittelversorgungskette, einer Verschwendung im Aktionsbereich aller gesellschaftlich Beteiligten - bis hin zum Endverbraucher - in nachhaltige Maßnahmen einzubeziehen. Die Dimension dieses Problems ist immens. Schätzungen zufolge enden in Deutschland jedes Jahr 11 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll.

Viele unserer Mitglieder haben Zeiten von Entbehrungen konkret miterlebt, vor dem Hintergrund ihrer respektablen Lebensleistung fordern wir Sie auf - bei erkennbarem Handlungsbedarf - gesetzgeberische Maßnahmen sofort zu ergreifen und nicht bis zu einer Zwischenbilanz 2025 zurückzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



**Gerd Groskurt
Kreisvorsitzender**